



Detailansicht des Registereintrags

Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V.

Aktuell seit 14.07.2026 09:22:54

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001293
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	14.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: BVEO e.V. Pariser Platz 3 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930856214400 E-Mail-Adressen: info@bveo.de Webseiten: <u>www.bveo.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

120.001 bis 130.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,63

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Christian Weseloh**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Johannes Bliestle**
Funktion: Vorsitzender
3. **Dr. Bernd Falkenau**
Funktion: stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Dipl.-Ing. agr. Suse-Katrin Jamrath**
2. **Lisa Kloke**
3. **M.Sc. Anne Große Rüschkamp**
4. **Dr. Christian Weseloh**
5. **Johannes Bliestle**
6. **Dr. Bernd Falkenau**

Gesamtzahl der Mitglieder:

40 Mitglieder am 01.02.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Deutscher Raiffeisenverband e.V.
2. German Export Association for Food and Agriproducts GEFA e.V.
3. Freshfel Europe
4. AREFLH - Assemblée des Régions Européennes Fruitières, Légumières et Horticoles

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die BVEO e.V. ist der nationale Zusammenschluss aller Erzeugerorganisationen und weiterer Einzelunternehmen für Obst und Gemüse.

Die BVEO ist Schnittstelle zwischen seinen Mitgliedsunternehmen und Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Die BVEO handelt auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb und verlässlichen Rahmenbedingungen, die nachhaltig Zukunftsinvestitionen und breiten gesellschaftlichen Wohlstand ermöglichen.

Zum Zweck der Interessenvertretung führt die BVEO unter anderem Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien und nachgelagerten Behörden sowie den Mitgliedern des Bundestages, gibt Stellungnahmen ab, führt Veranstaltungen durch, nimmt an Anhörungen teil und vieles mehr.

Dabei erläutert die BVEO im Sinne seiner Mitglieder Änderungsnotwendigkeiten zu gesetzlichen Regelungen und Vorhaben aus Sicht der Unternehmen der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse. Hierzu gehören unter anderem wirtschaftliche und steuerliche Rahmenbedingungen, landwirtschafts- und umweltpolitische Themen, Logistik, Nachhaltigkeit, Bürokratieabbau und viele weitere Themen.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Festlegung von praxisnahen Rückstandshöchstgehalten bei Sonderkulturen - Verkehrsfähigkeit erhalten

Beschreibung:

Die BVEO fordert praxisnahe und wissenschaftsbasierte Lösungen zu eventuellen Anpassungen der Rückstandshöchstgehalten bei Sonderkulturen. Unter Beachtung des Gesundheitsschutzes dürfen Neuregelungen nicht die Verkehrsfähigkeit bereits produzierter Ware gefährden. Eine Harmonisierung der Rückstandshöchstwerte mit dem internationalen Standard Codex MRL muss beibehalten werden.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2405220025 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2024 an:

Bundesregierung

2. **SG2406260148** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. **Teilzahlungsanträge im Sektorprogramm Obst und Gemüse**

Beschreibung:

Teilzahlungen dienen den Obst- und Gemüse-EOs unterjährig zur Finanzierung ihrer Förderprogramme. Sie sind seit Jahren ein bewährtes Mittel zur Abwicklung der Sektorförderung und waren bis zur GAP-Reform im EU-Recht verankert. Mit dem Übergang in das neue Förderregime der GAP ist die Regelung auf EU-Ebene entfallen und liegt nun in der Hand der Mitgliedstaaten. Derzeit liegt die Verantwortung zur Gewährung von Teilzahlungen auf Ebene der Bundesländer. Da die Länder nicht in der Lage sind unterjährig Zwischenfinanzierungen zu stellen, ergeben sich für die EOs unerwartete Veränderungen. Zur Sicherung der Wettbewerbsgleichheit der EOs im EU-Binnenmarkt, setzten sich die Verbände für die Schaffung einer Zwischenfinanzierung auf Bundesebene und EU-Ebenen beim BMEL ein.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250005** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. **Keine pauschalen Pflanzenschutzmittel-Reduktionsziele. Stattdessen gezielte Förderung effizienter Methoden zur Verringerung des Einsatzes.**

Beschreibung:

Die BVEO fordert im Bereich Pflanzenschutz eine zielgerichtete Unterstützung zur Verbesserung der Ausbringtechnik und in der Erforschung wirksamer Schutzmechanismen (Pflanzenzüchtung, Anbaumethoden, physikalische und biologische Maßnahmen, Wirkstoffe). Die BVEO hält die vom BMEL verfolgte nationale Reduktionsstrategie im „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ für nicht zielführend. Ein Festhalten an einem 50 %-

Ziel ist sinnlos, wenn weder klar ist, welche Messgröße konkret reduziert werden soll, was als Basiszeitraum gilt und wie die Reduktion ausgestaltet werden kann.

Betroffenes geltendes Recht:

PflSchG 2012 [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

4. Neue genomische Züchtungstechniken (NGT): Anpassung der Gesetzgebung an den aktuellen Forschungsstand

Beschreibung:

Die BVEO unterstützt die wissenschaftliche Basis des "Vorschlags zur VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens- und Futtermittel sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625". Neue Züchtungsmethoden bieten eine Chance auf die extremen Wetterbedingungen mit toleranteren sowie standortangepassten Pflanzen schneller eingehen zu können und den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln weiter zu senken. Um den globalen Handel aufrechtzuerhalten, setzt sich die BVEO für internationale Regelungen im Umgang mit NGT-Pflanzen ein. Besonders hinsichtlich der Kennzeichnung müssen praktikable Lösungen gefunden werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270011 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) - Vernünftige Rahmenbedingungen für die Agrar- und Ernährungsbranche**

Beschreibung:

Die BVEO fordert eine praxisnahe und wettbewerbsfähige Ausgestaltung der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik in Deutschland, die national vor allem über den GAP-Strategieplan geregelt wird. Die BVEO setzt sich unter anderem für eine Sektorförderung Obst und Gemüse ein, den Ausbau der Junglandwirteförderung bei juristischen Personen und eine Reduzierung der Bürokratie.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406250150** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2603260003** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz: Beibehaltung bzw. Verschärfung des Schutzes für Händler in der Lebensmittellieferkette**

Beschreibung:

Die BVEO setzt sich für Fairness entlang der Lebensmittellieferkette ein. Dies umfasst insbesondere, dass das Schutzniveau nicht verwässert wird und Umgehungsstrategien wirksam im Rahmen der Novellierung gesetzlich verhindert werden. Zudem setzt sich die BVEO dafür ein, dass die spezifische Regelung zur Erweiterung des Anwendungsbereichs im § 10 AgrarOLkG entfristet wird.

Betroffenes geltendes Recht:

AgrarMSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250147 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

7. Jahressteuergesetz 2024: Umsatzsteuerpauschalierung § 24 UStG praxisnah gestalten

Beschreibung:

Im Rahmen des JStG 2024 soll der Umsatzsteuerpauschalsatz im ersten Schritt noch im Jahr 2024 abgesenkt und erneut zum 1.1.2025 geändert werden. Die Regelung zur Absenkung des Pauschalsteuersatzes soll einen Tag nach Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten. Für die Umstellung des Steuersatzes ist nicht nur ein angemessener zeitlicher Vorlauf notwendig, der in der Regel bei einem Inkrafttreten einen Tag nach der Verkündung mangels rechtzeitiger Kenntnis nicht gegeben ist. Darüber hinaus stellt die Umstellung mitten innerhalb eines Lieferzeitraums die Unternehmen zusätzlich vor erhebliche Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Lieferung und der Zuordnung zu unterschiedlichen Steuersätzen.

Betroffenes geltendes Recht:

UStBMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409250007 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

8. Die BVEO setzt sich für eine Stärkung der Agrar-Exportförderung ein und den Abbau von Handelshemmnissen ein.

Beschreibung:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine integrierte Außenhandelsstrategie für die Agrar- und Ernährungswirtschaft zu entwickeln. Die soll konkrete Maßnahmen beinhalten, die die

deutsche Exportwirtschaft stärkt. Außerdem sollen Handelshemmnisse abgebaut der Zugang zu Drittlandsmärkten verbessert werden. Handelsbeschränkungen und Strafzölle lehnt die BVEO ab.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310034](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. Arbeits- und Sozialpolitik: Flexible, praxisnahe und bürokratiearme Regelungen umsetzen

Beschreibung:

Die BVEO fordert eine Überprüfung und Überarbeitung der bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorgaben sowie das Ausschöpfen europarechtlicher Gestaltungsspielräume für praxisnahe, bürokratiearme und flexible Arbeitsbedingungen. Dazu gehören unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Arbeitszeitflexibilisierung in der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Anerkennung der Tarifautonomie, eine schlanke Umsetzung des EuGH-Urteils zur Arbeitszeiterfassung oder die geringfügige Beschäftigung bei Saisonarbeitsverhältnissen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf einer Regelung zur Änderung des Rechts der kurzfristigen Beschäftigung (§ 8 Absatz 1 Nummer 2 SGB IV)

Datum des Referentenentwurfs: 12.08.2025

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium für Arbeit und Soziales \(BMAS\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[ArbZG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [MiLoG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SGB 4](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Land- und Forstwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2503310049](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2506300118 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2509230004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. SG2512170043 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

10. Weiterentwicklung der deutschen Akkreditierungsstelle zur Steigerung der Effizienz und Effektivität.

Beschreibung:

15 Jahre nach der Gründung zeigt sich das nationale Akkreditierungssystem, insbesondere die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS), als limitierender Faktor für die Konformitätsbewertungsbranche und ihre Kunden aus Industrie, Markt und Staat mit gravierenden Auswirkungen. Um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland zu gewährleisten, ein europäisches Level-Playing-Field im Qualitäts- und Sicherheitsmarkt zu fördern sowie Bürokratie und Belastungen abzubauen, besteht die Notwendigkeit, die DAkkS zu einer Akkreditierungsagentur mit ausgeprägter Dienstleistungsorientierung für Wirtschaft, Verbraucher und den Staat zu entwickeln.

Betroffenes geltendes Recht:

AkkStelleG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300110 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

11. **Pflanzenschutzmittel-Zulassungen, Wirkstoffmindestverfügbarkeit, EU-Pflanzenschutzwirkstoff-Genehmigung**

Beschreibung:

Die BVEO fordert für einen wirksamen Pflanzenschutz generell eine Mindestverfügbarkeit von drei unterschiedlichen Wirkstoffen (gemeint sind drei unterschiedliche Wirkweisen) je Indikation und die Zulassung von hieraus formulierten Pflanzenschutzmitteln. Bei weniger als drei Wirkstoffen wächst das Risiko für die Entstehung von Resistenzen. In Einzelfällen setzt sich der DRV auch für die Genehmigung von einzelnen Wirkstoffen ein, insbesondere dann, wenn ein wirksamer Schutz der Pflanzen sonst nicht mehr möglich wäre und dies weitreichende Folgen auf Quantität und Qualität der geernteten Erzeugnisse und der daraus entstehenden Nahrungsmittel hätte.

Betroffenes geltendes Recht:

PflSchG 2012 [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300116 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

12. **Die Bundesregierung plant, das deutsche Verpackungsgesetz (VerpackG) anzupassen.**
Hierbei ist eine praxisgerechte Umsetzung zwingend erforderlich

Beschreibung:

Die Bundesregierung plant, das Verpackungsgesetz anzupassen. Das BMUKN erarbeitet den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2024 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (EU-Verpackungsverordnung). Es ist zwingend erforderlich, dass eine praxisgerechte Umsetzung des Gesetzes erfolgt, ohne dass weitere bürokratische Belastungen auf die Unternehmen zu kommen.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

13. **Rechtsklarheit bei der PPWR-Umsetzung**

Beschreibung:

Begleitung der Umsetzung der Verordnung (EU) 2025/40 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR). Gegenstand der Interessenvertretung sind insbesondere die Klärung von Rollen- und Verantwortungszuordnungen der betroffenen Wirtschaftsakteure, die Eigenmarkenproblematik sowie weitere offene Auslegungs- und Vollzugsfragen. Ziel ist es, auf bestehende Rechts- und Umsetzungsunsicherheiten aufmerksam zu machen und auf eine rechtssichere, praktikable und einheitliche Umsetzung der PPWR hinzuwirken. Zudem wird die Schaffung geeigneter Dialog- und Informationsformate zwischen Behörden und Wirtschaft angeregt, um Unternehmen bei der Umsetzung der neuen Anforderungen zu unterstützen und die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit zu fördern.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

320.001 bis 330.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

GuV-2025.pdf